



Sinn Féin

EUROPEAN NEWSLETTER

AUSGABE 5 | EAGRÁN 5



Sinn Féin Ard Fheis in Athlone:

EINE VISION DES INKLUSIVEN REGIERENS UND DER GLOBALEN ANERKENNUNG



Sinn Féin
Vize-Vorsitzende
Michelle O'Neill
– designierte
First Ministerin

Time For Change



Die kürzliche Sinn Féin Jahreskonferenz in Athlone war nicht nur eine Zusammenkunft der Parteimitglieder, sondern auch eine Plattform, die den Puls der Veränderung und des Fortschritts widerspiegelt.

Die First Ministerin für alle, Michelle O'Neill, Vize-Vorsitzende von Sinn Féin, wiederholte ihren Wunsch nach inklusivem Regieren und der Dringlichkeit eines Endes der DUP-Blockade der Regierung. Sie unterstrich eindringlich, dass die nordirischen Minister ihre Pflichten wiederaufnehmen müssen und betonte wie wichtig es sei Entscheidungen für das Gemeinwohl zu treffen.

„Die Regierung zu boykottieren hindert unser Fortkommen als Gemeinschaft. Wir brauchen lokale Minister in ihren Ämtern, die sich aktiv einbringen und wichtige Entscheidungen fällen, die uns alle betreffen“, sagte O'Neill.

Die Veranstaltung war ein eindrucksvoller Beweis demokratischer Teilhabe mit einem unglaublich breiten Spektrum von Diskussionsbeiträgen. Vize-Vorsitzende Michelle O'Neill drückte ihre Bewunderung für die Tiefe und Diversität der Ideen aus und lobte die Teilnehmer für ihr kollektives Engagement eine bessere Zukunft für alle in Irland mitzugestalten.

Was die Bedeutung der Parteikonferenz weiter unterstrich war die Anwesenheit verschiedener hochgeschätzter Würdenträger aus ganz Europa. O'Neill erwähnte das Beisein der Botschafter und Vorsitzenden politischer Parteien und betonte ihr Interesse an Irlands politischer Landschaft. Besonders bewegend waren die Beiträge des palästinensischen Botschafters in Irland und der Vorsitzenden der baskischen EH Bildu und der katalanischen ECR. Ihre Reden über das Recht auf Selbstbestimmung hinterließen bleibenden Eindruck und unterstrichen die globale Relevanz von Irlands Weg sich selbst zu regieren.

„Europas Augen sind auf Irland gerichtet. Unser Potenzial sowohl im Norden als auch im Süden die Regierung anzuführen wird nicht nur unsere Nation beeinflussen, sondern auch auf der Weltbühne Nachhall finden“, bemerkte die

designierte First Ministerin Michelle O'Neill.

Sie betonte Sinn Féins Bekenntnis zu einer friedlichen und progressiven Agenda, die Wert auf die Rechte aller Gemeinschaften legt und versucht eine faire und gleichberechtigte Gesellschaft zu ermöglichen. Die Perspektive eines Irlands unter der Führung von Sinn Féin ist nicht nur für diese Nation vielversprechend, sondern für die ganze Welt.

„Unser Ziel ist es mit Integrität und Inklusion anzuführen. Wir stehen bereit um einen signifikanten Beitrag zu leisten, nicht nur in Irland, sondern der ganzen Welt, als leuchtendes Beispiel einer progressiven Regierung“, schloss O'Neill ihre Rede.

Die Sinn Féin Jahreskonferenz in Athlone war nicht nur eine politische Zusammenkunft; es war ein Beweis der Stärke von Einigkeit und gemeinsamer Visionen und das Versprechen einer besseren, gerechteren Zukunft für alle.



Sinn Féin Vorsitzende and Vize-Vorsitzende Mary Lou McDonald and Michelle O'Neill beim SF Ard Fheis mit gewählten SF-Vertretern.

Treffen in Lissabon

Die Sinn Féin Delegation traf den portugiesischen Außenminister Joao Cravinho, den Parlamentspräsidenten Augusto Ernesto dos Santos, die irische Botschafterin Alma Ní Chogligh, die sozialistische Partei (PS), den Bloco de Esquerda (linker Block) und die kommunistische Partei und unterrichtete die Foreign Press Association.

Die Sinn Féin Vorsitzende wurde von ihrer Kabinettschefin Dawn Doyle begleitet.

Die Delegation wurde von der Sinn Féin Repräsentantin für Europa Martina Anderson unterstützt.



Meeting mit dem portugiesischen Parlamentspräsidenten Augusto Ernesto dos Santos



Meeting mit der portugiesischen Regierungspartei PS, sowie dem Bloco de Esquerda (Linker Block) und der kommunistischen Partei (PCP)



Meeting mit der irischen Botschafterin in Portugal Alma Ní Choighligh



Briefing der portugiesischen Foreign Press Association



Sinn Féin Vorsitzende Mary Lou McDonald und der außenpolitische Sprecher von Sinn Féin Matt Carthy bei einem Treffen mit dem portugiesischen Außenminister Joao Cravinho in Lissabon

NEUTRALE LÄNDER KÖNNEN BEI INTERNATIONALEN KONFLIKTEN ALS UNPARTEIISCHE VERMITTLER AUFTRETEN

Sinn Féin Vorsitzende Mary Lou McDonald und der außenpolitische Sprecher von Sinn Féin Matt Carthy haben Lissabon besucht und hielten dort Meetings mit dem Präsidenten des portugiesischen Parlaments, Parteivorsitzenden und dem portugiesischen Außenminister ab. Des Weiteren unterrichteten sie bei einer Veranstaltung der Foreign Press Association internationale Medien über die politische Entwicklung in Irland.

Während der Zusammentreffen informierten McDonald und Carthy ihre Gesprächspartner über die derzeitige Veränderung in Irland und die positiven Diskussionen über die Vorteile einer irischen Wiedervereinigung und die Wichtigkeit die Vorbereitungen dafür zu beginnen.

Weiters besprachen sie auch wie Portugal Probleme der Gesundheits- und Wohnpolitik angeht und die dortige Klimapolitik.

Sie skizzierten Sinn Féins Vision von Irlands Rolle in der internationalen Gemeinschaft und die Bedeutung von militärisch neutralen Ländern wie Irland und warum solche Länder für das globale Standing der EU und deren Bekenntnis zu Diplomatie und Frieden unerlässlich sind.

McDonald führte weiter aus, dass Neutralität ein essentieller Aspekt ist, der aus verschiedenen Gründen in EU-Verträgen explizit erwähnt werden sollte.

Die EU als supranationale Organisation versucht sich selbst als Meister der friedlichen Konfliktlösung und Diplomatie auf der Weltbühne zu präsentieren.

Mit Mitgliedsstaaten wie Irland, die sich zu militärischer Neutralität bekennen, demonstriert die EU ihr Bekenntnis zu Frieden.

Neutrale Länder können bei internationalen Konflikten als unparteiischer Vermittler auftreten. Dass sie nicht Teil militärischer Allianzen sind, erlaubt es ihnen eine neutrale und objektive Diplomatie zu betreiben, die unerlässlich ist, wenn die EU gebeten wird bei Konflikten und Friedensverhandlungen zu vermitteln.

Irland hat eine lange Geschichte der Diplomatie und Friedenssicherung, was es zu einem idealen Kandidaten für diese Rolle macht.

Sinn Féins außenpolitischer Sprecher Matt Carthy fügte hinzu: „Der Besuch in Portugal war eine willkommene Gelegenheit um Sinn Féins Vision für Irland auf der internationalen Bühne zu skizzieren und Portugals Anführer über die Entwicklungen in Irland zu informieren.“

„Wir haben Sinn Féins Standpunkt beschrieben wie Irlands neutrale Rolle dem Land eine wichtige Rolle in Europa verschafft.“

„Es ist von Vorteil für die EU, dass es in ihrer Mitte Länder gibt, die nicht Teil eines Militärbündnisses sind, da sie effektiver deren Interessen und Werte vertreten können und die Positionierung als Anführer des Multilateralismus, der Menschenrechte und des globalen Friedens.“

Die EU muss ihren Kurs in Bezug auf Palästina ändern - oder sie verliert ihre Glaubwürdigkeit

VON MATT CARTHY

Falls jemand jemals die absolute Notwendigkeit für Irlands unabhängige Außenpolitik infrage gestellt hat, dann wurde dieses Infrage stellen an dem Tag beantwortet, an dem die Präsidenten/innen der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments in Tel Aviv landeten und Israel uneingeschränkte Unterstützung zusicherten, als es seinen brutalen illegalen Angriff auf den Gazastreifen startete. Die Reaktion vieler internationaler Führer auf die jüngsten Aktionen Israels war beschämend. Besonders enttäuschend war dies für die EU. Durch ihr Versäumnis, die Handlungen der offenkundigen

israelischen Aggression konsequent zu verurteilen, verliert die Europäische Union jede Glaubwürdigkeit, eine Stimme für Frieden, internationales Recht und die grundlegenden Regeln der Menschlichkeit zu sein, solange sie sich weigert, Position zu beziehen. Der Kontrast zur schnellen und eindeutigen, und man muss sagen, richtigen Position der EU als Reaktion auf die illegale russische Invasion der Ukraine ist deutlich. Aber die Position in Bezug auf Russland und die Ukraine wird geschwächt, wenn in Bezug auf Israel und Palästina ein unterschiedlicher Maßstab erlaubt wird.

Die Handlungen der Hamas am 7. Oktober waren abscheulich und wurden von vernünftigen Menschen auf der ganzen Welt verurteilt. Aber die Geschichte begann nicht am 7. Oktober, und die Kriegsverbrechen an diesem Tag rechtfertigen nicht die Kriegsverbrechen, die Israel seitdem jeden Tag begangen hat.

Das vorsätzliche Angreifen und Töten von Zivilisten, einschließlich Tausender Kinder; die Bombardierung und Zerstörung ziviler Infrastruktur, die



Matt Carthy Sinn Féin Foreign Affairs spokesperson

Zwangsumsiedlung von fast 2 Millionen Menschen und die Verweigerung von Treibstoff, Nahrung und Wasser für eine Zivilbevölkerung sind schwere Verstöße gegen das internationale Recht.

Das ist, bevor wir über die Vielzahl von Verstößen gegen das Völkerrecht nachdenken, die Israel seit Jahrzehnten dem palästinensischen Volk zugefügt hat – Besatzung, Apartheid, Annexion, kollektive Bestrafung, Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren und die unerbittlichen Angriffe auf die unschuldige palästinensische Bevölkerung; die Liste lässt sich fortsetzen.

Als Reaktion darauf müssen Maßnahmen ergriffen werden, denn Israel wird nicht aufhören, bis die Welt „Stopp“ sagt. Wenn sich internationale Staats- und Regierungschefs nicht zusammenschließen, um Maßnahmen zu ergreifen, müssen Länder wie Irland die Führung übernehmen. Aber wenn die EU ihren Kurs nicht ändert, wird sie ihre Glaubwürdigkeit verlieren, jemals wieder mit dem Finger auf andere aggressive Regime zu zeigen oder sich als Stimme für Frieden und Konfliktlösung zu erklären.



Senator Paul Gavan, Sinn Féin

Parlamentarische
Versammlung des
Europarates (PACE)

Als Mitglied der Parlamentarische Versammlung des Europarates, Europas Menschenrechtsversammlung, hat Sinn Féin Senator Paul Gavan daran gearbeitet den Norden Irlands durch eine Reihe von Initiativen zur Agenda zu machen.

In den letzten 12 Monaten hat Paul erfolgreich einen Bericht der Versammlung über den Einfluss des Brexits auf die Menschenrechtslage in Irland ermöglicht.

Der mit einer 2/3 Mehrheit beschlossene Bericht kritisierte die Standpunkte der britischen Regierung in Bezug auf das Nordirlandprotokoll, die sogenannte Legacy Bill und die einseitigen Handlungen, die das Karfreitagsabkommen untergraben, scharf.

Der Bericht sendete eine klare Nachricht der Versammlung an die britische Regierung, dass diese die Menschenrechte und die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte respektieren, das Karfreitagsabkommen schützen und von unilateralen Handlungen absehen muss.

Im PACE-Bericht heißt es: „Der Brexit hat schon zu einer Minimierung der Rechte von irischen und EU-Bürgern in Nordirland geführt und droht dies in der Zukunft in einem noch größeren Ausmaß zu tun.“

Des Weiteren drückt er „große Sorge“ darüber aus, ob die britische „Legacy Bill“ mit der europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar ist.

Paul organisierte auch eine klare Nachricht der Besorgnis des Ministerkomitees in Bezug auf die Legacy Bill.

Die isländische Außenministerin Thórdís Kolbrún Reykjard Gylfadóttir, drückte ihre große Sorge darüber aus, dass die Legacy Bill sich nicht an die Europäische Menschenrechtskonvention hält und Opfer kein Recht auf etwaige Restititionen hätten.

Als die Legacy Bill zum Gesetz wurde, wiesen diverse Menschenrechtsanwälte, unter anderem der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Volker Türk, und das Ministerkomitee Großbritannien darauf hin, dass die Legacy Bill internationales Recht bricht.

Bezugnehmend auf die Sorge über die Menschenrechtslage im Norden Irlands, hat Paul einen neuen Bericht über die „Umsetzung des Karfreitagsabkommens“ angeregt, der im Jahr 2024 diskutiert werden soll.

Vor der Benennung eines zuständigen Ermittlers erklärte Senator Paul Gavan: „Es herrscht in der ganzen PACE große Sorge, dass der Schutz der Menschenrechte, die ein integraler Bestandteil des Karfreitagsabkommens sind, ständig von den britischen Tories angegriffen wird. Dieser PACE-Bericht über die Umsetzung des Karfreitagsabkommens kommt zur richtigen Zeit.“

Schwedische Abgeordnete besuchten Irland

Die Bürgermeisterin von Derry City Patricia Logue ließ die schwedischen Abgeordneten Håkan Svenneling, Hanna Gunnarsson and Madeleine Svenneling im Nordwesten willkommen, um die Herausforderung durch den Brexit in dieser Grenzregion zu besprechen.

Im Zuge des Besuchs gab es Meetings mit politischen Vertretern des Südens und Nordens, Bürgergruppen und Menschenrechtsorganisationen.

Nach dem Besuch erklärte Bürgermeisterin Logue: "25 Jahre nach der Unterzeichnung des Karfreitagsabkommens ist es wichtig, dass die internationale Gemeinschaft erkennt was bisher erreicht wurde und wie unerlässlich es ist, dass die EU die Bürgerrechte der Menschen hier schützt und verhindert, dass der Brexit zu weiteren Grenzverschärfungen führt.

„Der Brexit hat die Diskussionen über eine irische Wiedervereinigung weiter befeuert, da die Menschen in Derry und Strabane mehrheitlich für einen Verbleib in der EU gestimmt hatten und die Wirtschaft hier sehr abhängig von der Reise- und Zollfreiheit ist. Die Lösung der durch den Brexit ausgelösten Probleme ist für immer mehr Menschen hier unsere europäische Identität als Teil eines neuen, vereinigten Irlands wiederzuerlangen.

Eine besondere Anregung für die Delegation waren die vielen Ansichten von allen Seiten des politischen Spektrums, die gute Beziehung mit unserer Nachbargemeinde im Süden, Donegal, zu erleben und die Verzweiflung der Gemeindeorganisationen über den Verlust der EU-Subventionen.

Die Bürgermeisterin erklärte abschließend: "Ich hoffe das dieser Besuch für die Mitglieder der Delegation nützlich war und sie ihren Einfluss in der internationalen Gemeinschaft nutzen werden, um sich für den Frieden, die Entwicklung und die Hoffnung der Menschen in Irland einzusetzen."

Die schwedischen Abgeordneten Håkan Svenneling, Hanna Gunnarsson, Linda Sneider and Madeleine Nyvall trafen auch den Parlamentssprecher, Mitglieder aller Parteien, den Abgeordneten John Finucane, sowie Abgeordnete des irischen Parlaments, Bürgergruppen und Menschenrechtsvereinigungen in Belfast und Derry.



Die Bürgermeisterin von Derry City Patricia Logue, die Councillors Ryan McCready, Christopher Jackson und schwedische Abgeordnete

GROSSBRITANNIENS FEHLERHAFTES GESETZ

Parlamentarier aus ganz Europa haben ihre jeweiligen Außenminister gefragt welche Maßnahmen sie und ihre EU-Amtskollegen gegen den Bruch internationaler Menschenrechtsvereinbarungen durch die britische Regierung zu erheben gedenken.

Die britische Regierung bricht ihre im 2. Artikel des EU-Austrittsvertrags festgelegten Verpflichtungen.

Im Artikel 2 ist klar festgelegt, dass der Brexit die im Karfreitagsabkommen festgelegten Rechte in keinsten Weise beschränken darf. Die Opferrechte



werden im Karfreitagsabkommen klar ausgelegt.

Wie die Legacy Bill eindrucksvoll zeigt, hat die britische Regierung seit dem EU-Austritt Opferrechte wiederholt untergraben, was von jeder irischen Partei, Menschenrechtsorganisationen und

dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte scharf kritisiert wurde.

Die britische Legacy Bill hat einen Wirbelsturm der Kritik, Besorgnis und Diskussionen in ganz Europa ausgelöst.

Dieser Gesetzesvorschlag, der britische Soldaten vor gerichtlicher Verfolgung für etwaige Straftaten bei vergangenen Einsätzen schützen soll, wurde weltweit verurteilt.

Er soll einen legalen Schutzwall bilden um Veteranen auswärtiger

Einsätze vor Strafverfolgung zu schützen.

Die europäische Reaktion darauf kam prompt und eindeutig.

Die EU und andere internationale Menschenrechtsorganisationen stellen sich deutlich gegen dieses Gesetz, da sie Großbritanniens internationale, rechtliche Verpflichtungen untergräbt und das globale Bekenntnis zu Gerechtigkeit und Strafverfolgung schwächt.

Die Vehemenz der Reaktionen aus ganz Europa spiegeln eine tiefe Sorge über den Erhalt der Menschenrechte wider.

SELBSTBESTIMMUNG UND EIN WIEDERVEREINIGUNGS-REFERENDUM SIND VON NATIONALEM INTERESSE

Declan Kearney - Sinn Féin

Bei der Präsentation des neuen Sinn Féin Positionspapiers „Ein neues Irland für alle“ skizzierte Declan Kearney die Herausforderungen der nächsten Phase des Friedensprozesses.

Bei der jährlichen Parteikonferenz in Athlone erklärte der Generalsekretär:

“25 Jahre nach dem Karfreitagsabkommen ist es Zeit die nächste Phase des Friedensprozesses zu beginnen. Die Herausforderung für uns alle wird es sein, dass der politische Prozess funktioniert und wir die nächsten 25 Jahre planen um Sektierertum zu bekämpfen und Versöhnung zu erreichen.

Viele neue Stimmen aus der protestantischen und unionistischen Community sprechen über die konstitutionelle Veränderung.

Die protestantische Identität und Kultur zu verstehen und sich mit ihr auszutauschen ist einer der wichtigsten Schritte, während wir an diesem Wandel arbeiten.

Republikaner haben eine große Verantwortung sich mit Protestanten und Unionisten auseinanderzusetzen um ihre Bedenken besser zu verstehen und ihre Vorbehalte ernst zu nehmen.

Unsere politische Landschaft ist aufgrund des Vermächtnisses von Kolonialismus und religiöser Segregation kompliziert.

Die fehlerhafte Umsetzung der Grundrechte des Karfreitagsabkommens ist der Hauptgrund dieser Ausweglosigkeit.

Unser neues Positionspapier “Ein neues Irland für alle” begegnet diesen ungelösten Herausforderungen um religiöse Segregation zu beenden, sektiererischen Verhaltensweisen entgegenzutreten und Versöhnung im Kontext dieses konstitutionellen und politischen Wandels zu erreichen.



Diese Segregation zu beenden und diesen Kreislauf des Sektierertums zu unterbrechen muss in alle öffentlichen Prozesse eingebettet werden und funktionierende Regierungsinstitutionen im Norden und eine Nord/Süd-Zusammenarbeit müssen auf dieses Ziel hinarbeiten.

Die demokratische Logik verlangt, dass die irische Regierung und die zukünftige britische Regierung mit der Planung für die Wiedervereinigung beginnen.

Es ist der Moment gekommen um eine Bürgerversammlung zum Thema der Wiedervereinigung einzuberufen.

Selbstbestimmung und ein Wiedervereinigungsreferendum sind von nationalem Interesse: Es muss eine demokratische Debatte über unsere gemeinsame Zukunft auf dieser Insel begonnen werden, die die wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten der Arbeiter und Familien im Süden anspricht. Es gilt ein gesamtirisches Wirtschaftsmodell und eine gesetzesbasierte Republik, die unsere nationale Diversität anerkennt, zu schaffen.“

DAS BASKISCHE PARLAMENT ZEIGT UNTERSTÜTZUNG FÜR DAS KARFREITAGSABKOMMEN UND SCHLÄGT EINEN OFFIZIELLEN BESUCH IN IRLAND VOR

In einer Sitzung des Komitees für europäische und außenpolitische Angelegenheiten am 10. November 2023 unterstützte das baskische Parlament unisono das Karfreitagsabkommen und zeigte sich sehr zufrieden, dass es die Grundlage für den Friedensprozess gelegt hat und Stabilität und Koexistenz im Norden Irlands ermöglicht.

Der Antrag wurde von EH Bildu eingereicht und von den meisten Parteien und damit von 68 der 75 Abgeordneten mitgetragen.

Die Kommission wies die Versuche die Umsetzung des Karfreitagsabkommens zu behindern vehement zurück und rief zu einer Wiederherstellung des Parlaments im Norden Irlands auf. Weiters lobte sie die Bemühungen der Europäischen Kommission Lösungen für die Umsetzung des Nordirlandprotokolls zu finden.

Zudem schlug das baskische Parlament einen offiziellen Besuch einer Delegation des Komitees für europäische und außenpolitische Angelegenheiten in Irland vor.

Der Grund des Besuchs wäre die Überprüfung der Einhaltung des Karfreitagsabkommens. Das baskische Parlament will damit ihr bisheriges Engagement unterstreichen und den weiteren Erfolg und die Beibehaltung der Prinzipien dieses historischen Friedensabkommens sicherstellen.

Oihana Etxebarriete, Abgeordnete der EH Bildu, der den Antrag eingebracht hatte, zeigte sich zufrieden damit, dass so viele Parteien diesem zugestimmt haben.

Sie betonte nochmal die Bedeutung des Karfreitagsabkommens und lobte die jahrelange Unterstützung des baskischen Parlaments hierfür.



Die im Karfreitagsabkommen festgelegten Grundsätze zu Selbstbestimmung und Demokratie dienen Katalonien als Beispiel

von Jordi-Solé I Ferrando

Der Vorsitzende der Esquerra Republicana Oriol Junqueras und der Abgeordnete des Europaparlaments Jordi Solé bei ihrem Besuch in Irland mit dem SF Generalsekretär Declan Kearney und dem ehemaligen Vorsitzenden Gerry Adams

Der folgende Text besteht aus Auszügen eines Artikels von Jordi Solé über den Besuch in Irland.

Das Karfreitagsabkommen, das dieses Jahr sein 25-jähriges Jubiläum feiert, ist ein eindrucksvolles Symbol der Diplomatie des Friedens und der Bedeutung demokratischer Stärke.

Gerry Adams, eine Schlüsselfigur des Abkommens, hob bei unserem Meeting in Belfast noch einmal Sinn Féins Rolle bei den Verhandlungen hervor.

Er erklärte, dass die demokratische Stärke aller Verhandlungspartner eine entscheidende Rolle beim Ergebnis einer politischen Diskussion spielt. Vereinfacht: die Vereinbarung hätte anders aussehen können, hätte Sinn Féin zu diesem Zeitpunkt größeren politischen Einfluss gehabt.

Das Abkommen erkennt beide Perspektiven im Norden Irlands an – die Wiedervereinigung und die weitere Union mit Großbritannien. Es ruft zu einem friedlichen Miteinander auf, erwähnt aber auch die Möglichkeit einer Abstimmung zur Wiedervereinigung.

25 Jahre des Friedens haben geholfen tiefe Wunde zu heilen und den wirtschaftlichen Fortschritt voranzutreiben. Die Umsetzung jedoch steht vor Herausforderungen. Dass es in 20 Monaten nicht geschafft wurde eine nordirische Regierung zu bilden, unterstreicht wie wichtig es ist weiter zusammenzuarbeiten.

Während unseres Besuchs trafen wir den Bürgermeister von Belfast Ryan Murphy und den Sprecher des Justizausschusses Alex Maskey, der uns die Verantwortung erklärte alle Bürger zu vertreten, unabhängig von ihrer politischen Einstellung. Diese Einstellung spiegelt sich auch im weißen Streifen der irischen Flagge wider, der den Frieden zwischen Katholiken und Protestanten darstellt.

Im Zuge des Besuchs besichtigten wir auch das Roddy McCorley Republican Heritage Centre und Gedenkstätten in republikanischen und unionistischen Nachbarschaften. Diese Orte des Gedenkens dienen zur Erinnerung an die Vergangenheit, während an der Versöhnung gearbeitet wird.

Gerry Adams erklärte, dass die Vergangenheit und die Gegenwart nicht die Zukunft bestimmen müssen.

Die Möglichkeit eines vereinigten Irlands bleibt bestehen, während sich Veränderungen weiter andeuten, vor allem mit der Möglichkeit eines Sieges von Sinn Féin bei der nächsten Wahl im Süden Irlands.

Die im Karfreitagsabkommen festgelegten Grundsätze der Selbstbestimmung und Demokratie dienen Katalonien als Beispiel und streichen die Bedeutung dieser Grundsätze beim Überwinden politischer Konflikte heraus.

Sollten sich die Menschen im Norden mehrheitlich eine Wiedervereinigung wünschen, gibt es im Abkommen klare Richtlinien für diesen Wandel.

Das Vermächtnis des Karfreitagsabkommens unterstreicht die Rolle demokratischer Stärke und friedlicher Koexistenz beim Lösen von Konflikten. Es dient als Beispiel wie man mit politischen Differenzen umgehen kann und seine Grundsätze zeigen den Weg zu Versöhnung und Selbstbestimmung, in Irland und darüber hinaus.

Die Debatte über die irische Wiedervereinigung nach Brüssel bringen

von Emma Rainey - Brüssel

Gegründet im Mai 2023 ist BXL-Irish Unity eine parteilose Gruppierung, die sich aus Mitgliedern der irischen Diaspora in Brüssel zusammensetzt. Die Initiative besteht aus Menschen mit verschiedenen Backgrounds, die in den EU-Institutionen, in der Privatwirtschaft oder bei Non-Profit-Organisationen arbeiten. Die Meinung der Mitglieder zum Thema Wiedervereinigung umfasst ein breites Spektrum – von Befürwortern bis zu Menschen die

„Wiedervereinigungsneugierig“ sind. Was uns vereint ist der Glaube, dass die Diskussion über Irlands Zukunft über ein nationales Level hinaus in die EU getragen werden muss, da die Mitgliedsstaaten und Institutionen eine wichtige Rolle bei einer möglichen Wiedervereinigung spielen würden.

Im September dieses Jahres veranstaltete die Gruppe ihr erstes öffentliches Event bei dem Shona Murray, die EU-Korrespondentin von Euro News, Einblicke in eine mögliche irische Wiedervereinigung im Nachhall des Brexits gab. Das



informelle Networking Event war ein Zusammenkommen von Menschen aus vielen verschiedenen Berufszweigen und Altersgruppen, die sich alle mit großem Enthusiasmus beteiligten.

In den letzten Monaten haben wir auch mit irischen Parteien und Abgeordneten zusammengearbeitet um auf das durch den Brexit entstandenen demokratische Defizit und die fehlende Repräsentanz der Menschen im Norden Irlands aufmerksam zu machen und einen Beobachterstatus für Nordirland im Europaparlament zu erreichen. BXL-Irish Unity versucht den Menschen in der Diaspora bei diesem Thema auch eine Stimme zu verschaffen, da wir glauben, dass Iren, die im restlichen Europa leben, wichtige Perspektiven und Einblicke zur Diskussion wie

ein neues Irland aussehen sollte, beitragen können und deswegen ist ihre Teilnahme an einer Bürgerversammlung unerlässlich.

2025 wollen wir mit Organisationen mit ähnlichen Zielen wie Irelands Future und der New Ireland Commission zusammenarbeiten. Wir werden unsere Anstrengungen auf die Umsetzung des Karfreitagsabkommen legen und arbeiten hier eng mit Sinn Féin und anderen politischen Parteien zusammen um die Divergenz der britischen Politik zur Europäischen Menschenrechtskonvention aufzuzeigen. Des weitern werden wir versuchen unsere Gemeinschaft in Brüssel weiter auszubauen und uns mit Menschen im Norden Irlands, die wieder Teil der EU werden wollen, auszutauschen.

Mehr Informationen über BXL-Irish Unity gibt es unter:

<https://bxl-irishunity.com/>

Folgen Sie uns auf Twitter:

@BXLirishunity



WUSSTEN SIE SCHON FOLGENDES ÜBER IRLAND?



Micheál Mac Donncha

Irland wurde stark von den zwei großen Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts beeinflusst – der Amerikanischen und der Französischen. Und ihr Einfluss ist noch heute spürbar. Im 18. Jahrhundert war Irland Teil der britischen Krone und wurde von britischen Offiziellen im Dublin Castle regiert. Es gab ein Parlament ohne Entscheidungsgewalt, das die aus protestantischen Aristokraten und Großgrundbesitzern bestehende Elite repräsentierte. Es durften sich ausschließlich Grundbesitzer, die dieser britischen Staatsreligion angehörten, zur Wahl politischer Ämter stellen oder selbst wählen. Die kolonialistische Elite hatte die einheimische, größtenteils katholisch-gälischstämmige, Bevölkerung Irlands in den Kriegen des 17. Jahrhunderts schlichtweg enteignet. Unglaublicher Reichtum, der sich aus dem großen Landbesitz speiste, existierte Seite an Seite mit der Armut am Land und in den Städten. In diesem Hinblick war Irland dem vorrevolutionären Frankreich ähnlich und die Zahl der Händler und Arbeiter stieg bedeutend an.

Die amerikanische Revolution diente denjenigen als Vorbild, die sich von den britischen Handelsrestriktionen lösen wollten und sich eine freie irische Wirtschaft und Handel wünschten. Die rebellierenden amerikanischen Kolonien genossen in Irland große Unterstützung und als Großbritannien sich mit ihnen im Krieg befand, wurde dies ausgenutzt um Druck auszuüben und dem irischen Parlament mehr Rechte zu sichern. All das änderte jedoch nichts an diesem kolonialen, sektiererischen und klassenbasierten System in Irland. Erst im Zuge der Französischen Revolution und unter deren Einfluss wurde 1791 die Society of United Irishmen gegründet. Das Ziel war die Vereinigung von Iren aller Konfessionen um politische Unabhängigkeit zu erreichen.

Als die britische Regierung die United Irish Society unterdrückte, wandte sich diese ans revolutionäre Frankreich mit der Bitte um militärische Unterstützung um Irland zu befreien. Deren Anführer Theobald Wolfe Tone reiste nach Paris und sicherte die Unterstützung des Direktoriums. Französische Militärexpeditionen wurden 1796 und 1798 nach Irland geschickt. Die Erste schaffte es nicht zu landen und die Zweite war zu klein um großen Einfluss zu nehmen. Trotz dieser Rückschläge starteten die United Irishmen 1798 eine Rebellion mit dem Ziel einer irischen Republik. Katholiken und Protestanten kämpften Seite an Seite für die irische Freiheit. Diese erste irische Revolution wurde von der britischen Regierung brutal niedergeschlagen und viele Tausende verloren ihr Leben.

Vor 225 Jahren im November 1798 wurde Wolfe Tone gefangen genommen, angeklagt und in Dublin eingekerkert, wo er in Gefangenschaft verstarb. Bei seiner Verhandlung sagte er:

„Seit meiner frühesten Jugend betrachtete ich die Verbindung zwischen Großbritannien und Irland als den Fluch der irischen Nation und war davon überzeugt, dass solange sie besteht, dieses Land niemals frei und glücklich sein wird.“



Keep up to date with us on Twitter - follow

@sinnfeinireland @SFIntDept



Mary Lou McDonald TD
@MaryLouMcDonald



Michelle O'Neill MLA
@moneillsf



Sinn Féin
@sinnfeinireland